

"No-Go, völlig unmöglich": Zu viele Bürgermeister im Kreistag? Was Leser sagen

Peter Schwarz

Neulich haben wir [über die Bürgermeister-Armada berichtet, die am 9. Juni den Kreistag entern will](#). Und gefragt: Was halten Sie davon? Einen Stapel Antworten haben wir erhalten.

28 aktuelle oder ehemalige Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Oberbürgermeister und sonstige Führungskräfte aus unseren Rathäusern bewerben sich am 9. Juni um einen Platz im Kreistag. Die meisten von ihnen stehen in einem der zwölf Wahlkreise für ihre jeweilige Partei auf Platz 1 der Liste und werden damit den Sprung ziemlich sicher schaffen. Der Rest darf sich mit Listenplätzen 2 bis 4 ebenfalls Hoffnung machen. Insgesamt sind mindestens 76 Plätze zu vergeben (mit Ausgleichssitzen maximal 91). Dass im neuen Kreistag ein Viertel der Leute zu Team Rathaus gehört, darf also als wahrscheinlich gelten; vielleicht wird's auch ein Drittel. Die Freien Wähler gehen mit 14 Rathaus-Leuten an den Start, die CDU bietet neun auf, die FDP drei, die SPD zwei.

Tipp an die Rathaus-Riege: „Machen Sie's wie am Bahnsteig“ ...

„Das Ehrenamt im eigentlichen Sinne leidet und wird geradezu degradiert, wenn aktive und ehemalige Funktionäre der Rathäuser den Kreistag ‚einnehmen‘ und somit dem Sinn des Kreistages, ein Abbild der Vertretung der Kreisbevölkerung zu sein, mit ihrer Machtstellung und ihrem Status entgegenwirken“, findet Uli Häufele aus Korb. „Ein No-Go. Völlig unmöglich, insbesondere das Vorgehen von CDU und Freien Wählern. Die aktiven und ehemaligen Funktionäre wären gut beraten, sich selbst zurückzunehmen, sich auf ihre Stadt oder Kommune zu konzentrieren und stattdessen fähige Frauen und Männer zu gewinnen, die die Interessen ihrer Partei oder ihrer Region im Kreis vertreten. So könnten sie das Ehrenamt fördern. Meine Bitte: Machen Sie's wie am Bahnsteig – treten Sie zurück.“

Ähnlich sieht es Franz Josef Pauser, Waiblingen: „Der Kreistag soll doch die Bevölkerung spiegeln!“ Wie sollen so „neue, frische Ideen und Gedanken für die arbeitende Bevölkerung eingebracht werden?“

Wie wäre es mit mehr Busfahrern und Krankenschwestern?

[Reinhard Muth aus Althütte](#) bedankt sich, dass wir das Thema aufgreifen, aber „gerne wüsste ich es noch ausgeweitet. Wo bleiben die Menschen mit geringem Einkommen? Wo bleiben zum Beispiel die Busfahrer, für deren Arbeitseinsätze der Kreis ein sehr gewichtiges Wort mitredet? Die Geschäftsführer großer Busunternehmen sind im Kreistag vertreten – und die Busfahrer? Wo bleiben die Pflegekräfte, für deren Arbeitseinsätze der Kreis ein sehr gewichtiges Wort mitredet? In den kreiseigenen Krankenhäusern erst recht, aber auch in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten. Wo bleiben die Pendler, die auf den ÖPNV angewiesen sind, um ihre Arbeitsplätze zu erreichen, weil das Einkommen nicht für ein eigenes Auto reicht? Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit!“

Zu viel Verwaltungsmentalität in deutschen Gremien?

Manfred G. Böhmer hat zwar nichts grundsätzlich gegen kandidierende Stadtoberhäupter. Aber: „Die Anzahl nimmt überhand.“ Für ihn habe das „ein Gschmäcke“.

[Bernd Hellerich](#) – der seine Mail mit „demokratiefreundlichen Grüßen“ abrundet – stimmt zu: „Meiner Meinung nach kandidieren im Verhältnis zu viele Amtsträger auf einem aussichtsreichen Listenplatz. Hier geht der Mix an Meinungsvielfalt und Kreativität verloren, und vermutlich werden kommunale Interessen übergebührlich in die Entscheidungen einfließen. Ich wünschte mir mehr Vertreter aus der Wirtschaft oder engagierte Bürger aus verschiedenen Berufen.“

All das „wirft ein Schlaglicht darauf, wie Politik in Deutschland funktioniert“, findet Theo Wember, Winterbach. „Die Parlamente werden zunehmend durch Verwaltungsfachleute, Juristen und Lobbyisten dominiert. Einerseits muss man natürlich froh sein, dass sich Leute für diese Jobs finden. Andererseits erstickt der ganze öffentliche Sektor an der zunehmenden Verwaltungsmentalität, die Menschen mit diesem Hintergrund in die Gremien tragen. In meiner Gemeinde hat man so jeden Ansatz für eine Verkehrswende beerdigt, man will die Energiewende nicht ernsthaft und versteckt sich dabei hinter dem Paragrafen-Dschungel. Wer sich bewegt, hat schon verloren.“

Bürgermeister haben sowieso schon Einfluss in vielen Gremien

Warum BMs und OBs nicht auch noch in den Kreistag müssen, begründet Madeleine Renz aus Berglen: Sie sitzen doch schon „in so vielen kleinen und großen Gremien und Sitzungen, in denen sie mitreden und Entscheidungen treffen können“. Es gibt zum Beispiel „die Bürgermeisterkreisversammlung (BMV), bei der alle 31 Kommunen teilnehmen und in regelmäßigen Abständen Themen direkt mit dem Landratsamt besprechen. In der BMV haben sie jederzeit die Möglichkeit, ihre Anliegen vorzubringen, mit dem Landrat zu diskutieren, hier können sie ihre Kommune beschützen, fördern, hervorheben, wie es ihnen gefällt. Zusätzlich gibt es Gremien wie BM-Sprengel und bilaterale Dienstbesprechungen, Jour fixe etc. Die Mitsprachemöglichkeiten für die BM sind vielfältig, und das ist gut so!“

Normale Bürgerinnen und Bürger hingegen haben auf Landkreisebene „nur eine Möglichkeit, politisch mitzuentcheiden: im Kreistag. Er soll das Herzstück der Demokratie auf dieser Ebene sein – ein Ort, an dem die Einwohner mitreden und den Landkreis mitgestalten.“

Ein freundliches Schlusswort: Lob der Enthaltensamkeit

Es gibt übrigens auch Rathaus-Chefs, die nicht antreten – aus dem Altkreis Waiblingen sind das: Gabriele Zull (Fellbach), [Bernd Hornikel \(Schorndorf\)](#), Reinhard Molt (Remshalden), Thomas Bernlöhner (Welzheim), Jochen Müller (Korb), Benjamin Treiber (Plüderhausen), Martina Fehrlen (Urbach), Sven Müller (Winterbach). Hinzu kommen die Rathausspitzen von Burgstetten, Großlachel, Kirchberg, Spiegelberg und Sulzbach.

„Für mich“, findet Madeleine Renz, setzen diese Enthaltensamen „ein Zeichen, dass sie die Vielfalt der Meinungen schätzen und der breiten Gesellschaft die Chance zur politischen Teilhabe geben“.

Neulich haben wir [über die Bürgermeister-Armada berichtet, die am 9. Juni den Kreistag entern will](#). Und gefragt: Was halten Sie davon? Einen Stapel Antworten haben wir erhalten.

28 aktuelle oder ehemalige Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Oberbürgermeister und sonstige Führungskräfte aus unseren Rathäusern bewerben sich am 9. Juni um einen Platz im Kreistag. Die meisten von ihnen stehen in einem der zwölf Wahlkreise für ihre jeweilige Partei auf Platz 1 der Liste und werden damit den Sprung ziemlich sicher schaffen. Der Rest darf sich

mit Listenplätzen 2 bis 4 ebenfalls Hoffnung machen. Insgesamt sind mindestens 76 Plätze zu vergeben (mit Ausgleichssitzen maximal 91). Dass im neuen Kreistag ein Viertel der Leute zu Team Rathaus gehört, darf also als wahrscheinlich gelten; vielleicht wird's auch ein Drittel. Die Freien Wähler gehen mit 14 Rathaus-Leuten an den Start, die CDU bietet neun auf, die FDP drei, die SPD zwei.

Tipp an die Rathaus-Riege: „Machen Sie's wie am Bahnsteig“ ...

„Das Ehrenamt im eigentlichen Sinne leidet und wird geradezu degradiert, wenn aktive und ehemalige Funktionäre der Rathäuser den Kreistag ‚einnehmen‘ und somit dem Sinn des Kreistages, ein Abbild der Vertretung der Kreisbevölkerung zu sein, mit ihrer Machtstellung und ihrem Status entgegenwirken“, findet Uli Häufele aus Korb. „Ein No-Go. Völlig unmöglich, insbesondere das Vorgehen von CDU und Freien Wählern. Die aktiven und ehemaligen Funktionäre wären gut beraten, sich selbst zurückzunehmen, sich auf ihre Stadt oder Kommune zu konzentrieren und stattdessen fähige Frauen und Männer zu gewinnen, die die Interessen ihrer Partei oder ihrer Region im Kreis vertreten. So könnten sie das Ehrenamt fördern. Meine Bitte: Machen Sie's wie am Bahnsteig – treten Sie zurück.“

Ähnlich sieht es Franz Josef Pauser, Waiblingen: „Der Kreistag soll doch die Bevölkerung spiegeln!“ Wie sollen so „neue, frische Ideen und Gedanken für die arbeitende Bevölkerung eingebracht werden?“

Wie wäre es mit mehr Busfahrern und Krankenschwestern?

[Reinhard Muth aus Althütte](#) bedankt sich, dass wir das Thema aufgreifen, aber „gerne wüsste ich es noch ausgeweitet. Wo bleiben die Menschen mit geringem Einkommen? Wo bleiben zum Beispiel die Busfahrer, für deren Arbeitseinsätze der Kreis ein sehr gewichtiges Wort mitredet? Die Geschäftsführer großer Busunternehmen sind im Kreistag vertreten – und die Busfahrer? Wo bleiben die Pflegekräfte, für deren Arbeitseinsätze der Kreis ein sehr gewichtiges Wort mitredet? In den kreiseigenen Krankenhäusern erst recht, aber auch in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten. Wo bleiben die Pendler, die auf den ÖPNV angewiesen sind, um ihre Arbeitsplätze zu erreichen, weil das Einkommen nicht für ein eigenes Auto reicht? Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit!“

Zu viel Verwaltungsmentalität in deutschen Gremien?

Manfred G. Böhmer hat zwar nichts grundsätzlich gegen kandidierende Stadtoberhäupter. Aber: „Die Anzahl nimmt überhand.“ Für ihn habe das „ein Gschmäcke“.

[Bernd Hellerich](#) – der seine Mail mit „demokratiefreundlichen Grüßen“ abrundet – stimmt zu: „Meiner Meinung nach kandidieren im Verhältnis zu viele Amtsträger auf einem aussichtsreichen Listenplatz. Hier geht der Mix an Meinungsvielfalt und Kreativität verloren, und vermutlich werden kommunale Interessen übergebührlich in die Entscheidungen einfließen. Ich wünschte mir mehr Vertreter aus der Wirtschaft oder engagierte Bürger aus verschiedenen Berufen.“

All das „wirft ein Schlaglicht darauf, wie Politik in Deutschland funktioniert“, findet Theo Wember, Winterbach. „Die Parlamente werden zunehmend durch Verwaltungsfachleute, Juristen und Lobbyisten dominiert. Einerseits muss man natürlich froh sein, dass sich Leute für diese Jobs finden. Andererseits erstickt der ganze öffentliche Sektor an der zunehmenden Verwaltungsmentalität, die Menschen mit diesem Hintergrund in die Gremien tragen. In meiner Gemeinde hat man so jeden Ansatz für eine Verkehrswende beerdigt, man will die Energiewende

nicht ernsthaft und versteckt sich dabei hinter dem Paragrafen-Dschungel. Wer sich bewegt, hat schon verloren.“

Bürgermeister haben sowieso schon Einfluss in vielen Gremien

Warum BMs und OBs nicht auch noch in den Kreistag müssen, begründet Madeleine Renz aus Berglen: Sie sitzen doch schon „in so vielen kleinen und großen Gremien und Sitzungen, in denen sie mitreden und Entscheidungen treffen können“. Es gibt zum Beispiel „die Bürgermeisterkreisversammlung (BMV), bei der alle 31 Kommunen teilnehmen und in regelmäßigen Abständen Themen direkt mit dem Landratsamt besprechen. In der BMV haben sie jederzeit die Möglichkeit, ihre Anliegen vorzubringen, mit dem Landrat zu diskutieren, hier können sie ihre Kommune beschützen, fördern, hervorheben, wie es ihnen gefällt. Zusätzlich gibt es Gremien wie BM-Sprengel und bilaterale Dienstbesprechungen, Jour fixe etc. Die Mitsprachemöglichkeiten für die BM sind vielfältig, und das ist gut so!“

Normale Bürgerinnen und Bürger hingegen haben auf Landkreisebene „nur eine Möglichkeit, politisch mitzuentcheiden: im Kreistag. Er soll das Herzstück der Demokratie auf dieser Ebene sein – ein Ort, an dem die Einwohner mitreden und den Landkreis mitgestalten.“

Ein freundliches Schlusswort: Lob der Enthaltbarkeit

Es gibt übrigens auch Rathaus-Chefs, die nicht antreten – aus dem Altkreis Waiblingen sind das: Gabriele Zull (Fellbach), [Bernd Hornikel \(Schorndorf\)](#), Reinhard Molt (Remshalden), Thomas Bernlöhr (Welzheim), Jochen Müller (Korb), Benjamin Treiber (Plüderhausen), Martina Fehrlen (Urbach), Sven Müller (Winterbach). Hinzu kommen die Rathausspitzen von Burgstetten, Großlarch, Kirchberg, Spiegelberg und Sulzbach.

„Für mich“, findet Madeleine Renz, setzen diese Enthaltbaren „ein Zeichen, dass sie die Vielfalt der Meinungen schätzen und der breiten Gesellschaft die Chance zur politischen Teilhabe geben“.

Sie sind auch eine Bereicherung: Der andere Blickwinkel

Dr. Peter Engel, Zahnarzt aus Welzheim, sitzt seit fast 25 Jahren für die CDU im Kreistag und tritt auch diesmal wieder an. Mit Gemeindeoberhäuptern im Gremium habe er „überwiegend gute Erfahrungen gemacht. Sie verfügen über Sachkenntnisse, nicht nur im Verwaltungsbereich – sie kennen auch die Verhältnisse vor Ort sehr gut und sind mit den Bürgern im direkten Kontakt. In der Regel sind sie eloquent, kennen die Gremienarbeit und sind zielorientiert.“

Für die Listen sind Bürgermeister vornedran obendrein hilfreich: Rathaus-Chefs haben „bei einer Kandidatur für den Kreistag ein hohes Wählerpotenzial, sie bringen ihrer Liste überdurchschnittlich viele Stimmen und ermöglichen damit eventuell einem weiteren Kandidaten der Liste den Einzug ins Gremium“. Denn „letztendlich entscheidet ja die Gesamtzahl der Stimmen einer Liste, wie viele Kandidaten ein Mandat erhalten.“

Sicherlich, Bürgermeister sind „in erster Linie für ihre Kommune verantwortlich“ und insofern nicht unabhängig, was „sicherlich ein Argument gegen“ ihre Mitgliedschaft im Kreistag sei. „Jedoch überschneiden sich oft die Interessen der Kommunen und des Landkreises.“ Und bei der Festlegung des Hebesatzes für die Kreisumlage seien „die OB und BM“ zwar „die Wortführer. Es geht ja um ihr Budget.“ Aber: „In den letzten Jahren werden die Diskussionen um den Hebesatz intern im Vorfeld geführt und im Kreistag als Diskussions- oder Beschlussvorlage eingebracht.“ Dabei gestalte sich das Verhältnis zwischen Gemeinden und Landkreis konstruktiv nach dem Motto „Leben und leben lassen“.

Kritisch würde es, wenn die „Bürgermeisterfraktion“ eine „eigene Mehrheit im Kreistag“ hätte. Solange dies indes nicht der Fall ist, „sind BM und OB eine Bereicherung im Gremium“.